

Türkei – Die Gewalt setzt sich fort

Christine Schweitzer

Als wir vor einem Jahr zusammen mit den War Resisters' International und weiteren Friedensorganisationen den Aufruf „Stoppt die Spirale der Gewalt in der Türkei“ starteten, war unser Hauptziel, den wiederaufgeflamnten Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Arbeiterpartei PKK ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. In der Südosttürkei war seit Herbst 2015 wieder gekämpft worden und viele Menschen, darunter auch viele ZivilistInnen, verloren im Winter 2015-2016 ihr Leben, ohne dass dies hier bei uns jemand zur Kenntnis zu nehmen schien. Alles blickte nur auf die Türkei als Partnerin im gerade ausgehandelten Flüchtlingsdeal.

Viel hat sich seitdem geändert. Vor allem seit dem Putschversuch im Juli 2016 sind beinahe tägliche Meldungen in den großen Medien zur Situation in der Türkei zu finden. Zur Erinnerung: Es hat nach dem Putsch mindestens 35.000 Festnahmen, u.a. auch Parlamentsabgeordnete, JournalistInnen und BürgermeisterInnen, gegeben, über 80.000 Staatsbedienstete wurden entlassen, darunter 21.000 LehrerInnen, 15.000 Angestellte des Bildungsministeriums, 3.500 RichterInnen und StaatsanwältInnen und viele Tausend PolizistInnen (gerade Anfang Januar nochmal 6.000); über 1000 private Schulen und 15 Universitäten wurden geschlossen, 50.000 Pässe für ungültig erklärt und über 130 Medien geschlossen. Längst nicht nur die Beteiligung an der Gülen-Bewegung, der die Verantwortung für den Putsch vorgeworfen wird, sondern auch Mitgliedschaft in der HDP, einer pro-kurdischen demokratischen Partei, oder Engagement für Menschenrechte können dazu führen, den Job zu verlieren oder gar festgenommen zu werden.

Aber wer meint, dass das Thema „Türkei“ ja jetzt genügend auf der internationalen Tagesordnung sei, täuscht sich: Auch wenn die Kämpfe im Südosten der Türkei abgeflammt sind – beendet

sind sie keineswegs. Wie wir uns bei unseren Besuchen in der Region selbst überzeugen konnten, gibt es nicht nur neue Gewaltschauplätze, sondern auch die Städte, wo die Waffen inzwischen schweigen, erinnern an militärische Besatzungszonen. Viele von ihnen wurden unter Zwangsverwaltung gestellt, bestimmte Stadtteile sind weiterhin unzugänglich, werden von Bulldozern eingeebnet und die BewohnerInnen enteignet.

Trotzdem scheuen sich unsere Regierungen weiterhin, von einem bewaffneten Konflikt zu sprechen, sondern übernehmen die Diktion der türkischen Regierung, die grundsätzlich nur von der Bekämpfung von Terroristen spricht. Zwar ist es wahr, dass eine kurdische Rebellengruppe, von der schlecht gesagt werden kann, ob bzw. wie eng sie mit der PKK verbunden ist, zahlreiche Terroranschläge verübt hat. Aber nicht nur sie, sondern die gesamte kurdische Bevölkerung muss derzeit für die Taten dieser kleinen Gruppe bezahlen.

Zivilgesellschaft unter Druck

Und wie sieht es mit einer Friedensbewegung aus? Vor einiger Zeit hatten sich in vielen Städten Gruppen unter dem Namen „Peace Bloc“ zusammengesetzt, um gegen die neue Gewalt im Südosten zu protestieren. Doch nach dem Putsch sind viele von ihnen nicht mehr aktiv. Kriegsdienstverweigerer (Wehrpflicht in der Türkei gilt nur für Männer) werden im Unterschied zu früher nicht mehr direkt eingesperrt, aber sie erleiden das, was unsere Gesprächs-



Blick auf Istanbul.

Foto: CS

partnerInnen als einen „zivilen Tod“ bezeichneten: Ohne Nachweis, den Wehrdienst abgeleistet zu haben, bekommt man u.a. keine Arbeit und kann kein Studium abschließen.

Sehr aktiv sind nach wie vor verschiedene Menschenrechtsorganisationen. Sie haben die Gewalt des letzten Jahres ausführlich dokumentiert (und einige von ihnen mussten dies schon mit einem Verbot bezahlen, gegen andere laufen Untersuchungen). Ebenso beobachten sie die jetzt anlaufende Welle von Gerichtsprozessen und haben zahlreiche Klagen beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Der BSV hat als Teil der internationalen, von den War Resisters' International koordinierten Kampagne „Stoppt den Kreislauf der Gewalt in der Türkei“ 2016 die Türkei dreimal besucht, das letzte Mal über Weihnachten. Wir sind dabei, unser Vorhaben, ein Training in gewaltfreien Methoden des Schutzes und des Widerstands durchzuführen, zu konkretisieren und die finanziellen Mittel einzuwerben, dass solch ein Training dieses Jahr stattfinden kann.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin des BSV und Vorsitzende der War Resisters' International.